Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

30.1.1864 (No. 25)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 30. Januar.

Nr. 25. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

△ **Leipzig,** 29. Jan. Die holsteinische Landesdeputation ist gestern Abend hier eingetroffen und festlich empfangen worden. Sie entsendete heute 10 ihrer Mitglieder nach Dresden, um dem König, dem warmen Freund und Beschützer ihrer Sache, ihren Dank und die Bitte um fortdauernde Unterstützung auszusprechen.

† **Hamburg,** 29. Jan. Den Gutsbesitzern und Bauern in Dänisch-Wohld (südöstlicher Grenzbezirk Schleswigs) wurde von den Dänen wegen Nichtrealisirung der ausgeschriebenen Lieferungen für das Ende des Monats mit Exekution gedroht. Anfangs der Woche wurde eine ganze Brigade nach Eckernförde entsandt. Die Dänen stellen die Schanzen bei Kochendorf wieder her und führen neue auf.

†† **London,** 29. Jan. Die „Morn. Post" erklärt alle umlaufenden Gerüchte von einer Ministerkrise und dem Rücktritt Russell's als vollständig grundlos. Der „Herald" dagegen will wissen, Russell sei zurückgetreten.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 28. Jan. Die heutige Bundestags-Sitzung war nur von kurzer Dauer; doch kam in derselben mehreres auf die schleswig-holsteinische Sache Bezügliches von Wichtigkeit vor. Kurhessen brachte einen Antrag auf Beschleunigung der Regelung der Erbfolge-Frage ein; die Zivilkommissäre stellten Anfragen wegen Einberufung der Stände; die Vorstellung der hier anwesend gewesenen schleswig-holsteinischen Landesdeputation kam zur Vorlage. Alle diese Gegenstände wurden dem holsteinischen Ausschuß zugewiesen. Auf den obenerwähnten Antrag Kurhessens erklärte Hr. v. d. Pfordten, daß er seinen (12—14 Druckbogen starken) Bericht beendigt habe. — Ein Bericht des Generals v. Hake, auf das Bundesverpflegungs-Reglement bezüglich, wurde der Militärkommission zugewiesen. — Von Oesterreich und Bayern wurden militärische Standeslisten vorgelegt. — Ueber eine Unterstützungssache wurde Beschluß gefaßt und über eine Bundesmilitär-Angelegenheit abgestimmt.

† **Frankfurt,** 27. Jan. Die „Süddeutsch. Ztg." schreibt: „Die „Köln. Ztg." kommt der jungen Popularität des Hrn. v. d. Pfordten zu Hilfe. Sie feuert hintereinander zwei volle Breitseiten gegen ihn ab — zwei ganze Leitartikel, in denen Depeschen von 1853 zum Beweise dafür angeführt werden, daß auch der damalige bayrische Ministerpräsident nahe genug daran gewesen, das Londoner Protokoll zu unterschreiben. Wer der „Köln. Ztg." diese sie selbst überraschenden Aktenstücke geliefert hat, wissen wir natürlich nicht; desto klarer ist, in wessen Interesse sie einen der wenigen aktiven Staatsmänner von Befähigung angreift, von dem die schleswig-holsteinische Sache möglicher Weise etwas erwarten könnte. Wir wollen uns nicht lange mit der Untersuchung aufhalten, ob jene Enthüllungen über seine Haltung im Anfang des Jahres 1853 wirklich beweisen, was sie sollen. [Unserer Meinung nach beweisen sie es nicht. Hr. v. d. Pfordten geht von der Auffassung aus, daß Bayern am Bunde dem Londoner Protokoll zustimmen könne, wenn der Verzicht der Agnaten vorliege.] Wir wollen selbst einmal annehmen, es habe damit seine vollkommene Richtigkeit. Wir wissen dagegen, daß Hr. v. d. Pfordten sowohl im Jahr 1848 als wiederum sehr bald nach jenem Zeitpunkt andersartiger Bethätigung und seitdem ohne weitern Abfall der schleswig-holsteinischen Sache nicht unwirksam gedient hat. In diesem Augenblick macht er Männern der verschiedensten Art, die nur in ihrem Interesse an der Erhebung der Augustenburgischen Linie auf den Thron der Herzogthümer und an der damit gegebenen endgiltigen Abtrennung dieser von Dänemark übereinstimmen, ganz gleichmäßig den stark ausgeprägten Eindruck, mit einer Art Passion nicht für irgend einen persönlichen oder politischen Nebenzweck, der zu erreichen stände, sondern für die Sache selbst nach allen Richtungen hin zu arbeiten. Das genügt uns bis auf Weiteres."

Die „Südd. Ztg." führt heute ferner aus: daß, wenn Bayern auch einen Augenblick geschwankt haben möge, ob es dem Londoner Protokoll beitreten solle, ihm jedenfalls als Verdienst bleibe, für die Zukunft Schleswig-Holsteins rettend gewirkt zu haben, und daß die Annahme der „Köln. Ztg.", Hr. v. d. Pfordten sei nicht der Mann gewesen, dem der schließliche Nichtbeitritt zu danken wäre, eine parteiliche sei.

Jedenfalls war Hr. v. d. Pfordten damals verantwortlicher Minister in Bayern. Außerdem beweisen die von der „Köln. Ztg." noch weiter gebrachten Schriftstücke noch immer nicht, was sie beweisen sollen. Die „Beilagen", auf welche sich die, noch keineswegs direkten Zusagen beziehen, liegen ihnen nicht bei. Mit dem Verzichte des Herzogs Christian von Augustenburg wurde damals groß Verstecken gespielt, und es ist sehr fraglich, ob er in seinem Wortlaute den Regierungen, welche man gewinnen wollte, bekannt war, und sie nicht vielmehr induzirt würden, einen vollgiltigen Verzicht zu vermuthen, wo nur ein Versprechen der persönlichen Neutralität vorlag.

○ **Stuttgart,** 28. Jan. So eben vernehme ich aus guter Quelle, daß es mit der Mobilisirung unseres Truppenkorps nun doch Ernst wird. Morgen oder übermorgen schon werde deßhalb der Kriegsminister in der Zweiten Kammer erscheinen und dort einen Kredit von $1^1/_2$ Millionen zu diesem Behuf verlangen.

Die Zweite Kammer hat gestern nach dreitägiger Debatte die Errichtung von Handelsgerichten im Prinzip mit 43 gegen 33 Stimmen angenommen und es handelt sich in den nächsten Sitzungen nur noch um die Einzelheiten des Gesetzes. Viele Meinungsverschiedenheit wird sich noch bei Art. 1, der Zahl der zu errichtenden Handelsgerichte, ergeben. Der Abg. Becher brachte zwei Motionen auf Abschaffung der Todes- und der Prügelstrafe ein.

Die Erste Kammer beschäftigte sich heute mit dem ständischen Rechenschaftsbericht, wobei der Hr. Justizminister bei Gelegenheit des §. 33 die Mittheilung machte, daß demnächst Verordnungen zu erwarten seien, wornach künftig auch ausländische Inhaberpapiere in pflegschaftliche Verwaltungen zugelassen werden. Bis jetzt waren nur württembergische zugelassen; von fremden sind badische und bayrische in erster Linie in Aussicht genommen.

Augsburg, 26. Jan. (Augsb. Abdztg.) In der heutigen Sitzung des Stadtmagistrats wurde ein kgl. Ministerialreskript vom 20. d. Mts., welches die von kgl. Regierung verfügte Schließung des Schleswig-Holstein-Vereins bestätigt, bekannt gegeben. [Nach einer andern Nachricht wurde den Vorständen des aufgelösten Vereins mitgetheilt, daß einer neuen Konstituirung desselben „auf gesetzlicher Grundlage" nichts im Wege stehe.]

München, 27. Jan. (Nürnb. Korr.) Die schleswig-holsteinische Landesdeputation wird heute Mittag über Landshut, Regensburg und Amberg nach Nürnberg reisen, woselbst das Nachtlager stattfindet. Morgen erfolgt die Weiterreise über Leipzig.

Darmstadt, 27. Jan. (D. Z.) Nächste Woche tritt die Zweite Kammer der Stände wieder zusammen. Sie hält Montag den 1. Febr. Sitzung.

Dresden, 26. Jan. (Nat.-Ztg.) Eine am heutigen Abend von den hiesigen Mitgliedern des deutschen Nationalvereins in der schleswig-holsteinischen Frage veranstaltete Volksversammlung zeigte abermals, welch entschiedenes Interesse die hiesige Bevölkerung an dieser gegenwärtig brennenden Tagesfrage nimmt. Die Räume des Braunschen Hotels waren überfüllt. Es wurde eine Resolution beschlossen, die sich gegen das Vorgehen der deutschen Großstaaten, für Anerkennung des Erbrechts des Herzogs Friedrich, für Einberufung eines deutschen Parlaments ꝛc. ausspricht.

Hamburg, 27. Jan. Am Kieler Hafen werden von den Preußen zwei Schanzen angelegt; die vorbereitenden Arbeiten zu denselben haben begonnen.

Hamburg, 28. Jan. (W. K.-B.) Regen bei 5 Grad Wärme. — Dem „Hamburg. Korresp." wird aus der gestrigen Sitzung des dänischen Landsthings berichtet, daß Hr. Monrad darin die Erklärung abgegeben habe, daß eine Aufhebung der Verfassung nur mit freier Einwilligung des Reichsraths geschehen würde, und daß die neuzuschaffenden Zustände sich unmittelbar daran anschließen müßten. Der Landsthingmann Ploug fragte nun, ob die Regierung die Konstituirung eines vereinigten Schleswig-Holstein oder eines selbständigen Schleswig beabsichtige? Der Conseilspräsident gab eine verneinende Antwort und fügte bei, daß auch eine Theilung Schleswigs außerhalb der Absichten der Regierung liege. Als hierauf Ploug mit einer eventuellen Volksbewegung drohte, erklärte Monrad, daß einer solchen mit den äußersten Mitteln entgegengetreten werden würde.

Altona, 27. Jan. Vom 27. Jan. bis zum 1. Febr. befördert die Eisenbahn 35,000 Mann, besonders Oesterreicher.

Kiel. Der schleswig-holsteinische Verein in Kiel hat in einer am 22. Jan. unter Vorsitz des Grafen Reventlow abgehaltenen Versammlung über das Verhalten der Bevölkerung in Betreff des Einmarsches und der Einquartierung preußischer Truppen beschlossen:

Ein von dem Komitee eingebrachter Antrag, „die preußischen Truppen still, ohne weitern Empfang hereinziehen zu lassen, dagegen die einzelnen Soldaten, soweit man mit ihnen in Berührung komme, gut zu behandeln, namentlich in ihren Quartieren gut zu verpflegen," wurde von Hrn. Schlichting im Wesentlichen dadurch begründet, daß dem preußischen Volk das Verfahren seiner Regierung nicht zur Last gelegt werden dürfe und daß die Rücksichtnahme auf die Schleswiger jedes unfreundliche oder gar schroffe Benehmen gegen die preußischen Truppen verbiete. Hr. Wolf schlug vor, daß auch das Ausstecken der Flaggen beim Einzug unterbleiben möchte. Bei der Abstimmung wurde der erste Theil des Antrags des Vorstandes mit dem von Hrn. Wolf beantragten Zusatz, also die preußischen Truppen ohne jeglichen Empfang, insbesondere ohne Flaggen auszuhängen, einziehen zu lassen, mit überwiegender Mehrheit, der zweite Theil des Antrags, die einzelnen Soldaten gut zu behandeln und in ihren Quartieren gut zu verpflegen, fast einstimmig angenommen.

Kiel, 25. Jan. Beifolgt die interessante Erklärung, welche die theologische Fakultät und die Geistlichkeit Kiels im heutigen „Kiel. Woch.-Bl." veröffentlichen, und die in Preußen Manchen die Augen öffnen dürfte, die bisher nicht sehen wollten. Einen guten Eindruck macht besonders die Unterschrift des Prof. Dr. Weiß, der durch Familienbeziehungen bisher vielfach als mit der Kreuzzeitungs-Partei liirt betrachtet wurde. Die veröffentlichte Erklärung und Aufforderung lautet:

Unter dem Zeichen des Kreuzes fährt die „Neue Preuß. Ztg." in Berlin fort, das legitime Recht des Fürstenthums von Gottes Gnaden durch Bekämpfung des legitimen Herzogs Friedrich VIII. und des Rechtes der Herzogthümer Schleswig-Holstein, sowie durch maßlose Verunglimpfung des Gott sei Dank noch tief im deutschen Volke begründeten Bewußtseins von Recht und Treue zu bekämpfen. Die angebliche Vertreterin der Legitimität ist zur Vertreterin eines durch deutsche Wissenschaft und deutsches Rechtsbewußtsein verurtheilten Rechtsbruches und der Illegitimität geworden. Das Kreuz wird benützt, um diesen Rechtsbruch, der nichts ist als eine Revolution von oben, im Rathe der Könige durchzusetzen. Die Grundlagen aller Throne werden auf diesem Wege erschüttert, und früher oder später verderbenbringender Bürgerkrieg oder Revolution von unten über unser theures deutsches Vaterland heraufgeführt. Die Unterzeichneten, die mit ihrem ganzen Herzen unter dem Kreuze Christi stehen, protestiren feierlichst gegen diesen erschütternden Mißbrauch des Kreuzes ihres Friedefürsten, der sich „die Wahrheit" nannte, und der sie ist. Sie fordern die Gleichgesinnten durch ganz Deutschland hin auf, insbesondere die Vertreter der Theologie und die geistlichen Brüder, gegen diesen Mißbrauch des Kreuzes Christi mit ihnen Zeugniß abzulegen und sich demgemäß vor Gottes Angesicht und vor dem deutschen Volke durch Anschluß an diese Erklärung oder sonst, so bald als thunlich, öffentlich auszusprechen. Kiel, 25. Jan. 1864. Die theologische Fakultät in Kiel. Kirchenrath, Prof. Dr. Thomsen, d. Z. Dekan. Kirchenrath, Prof. Dr. Lüdemann, Prediger an der Heil.-Geist-Kirche. Prof. Dr. Fricke. Prof. Dr. Weiß. Die Geistlichen Kiels: K. Hasselmann, Hauptpastor. L. Schrader, Archidiakonus. A. Hamann, adj. min.

Berlin, 27. Jan. Die Wiener „Presse" läßt sich telegraphiren: Preußen wird in Wien in Erwägung der neuerlichst gesteigerten Kriegseventualitäten eine Ergänzung und Erweiterung der in Bezug auf die Okkupation Schleswigs abgeschlossenen Konvention beantragen. Vielleicht gehen die formulirten Vorschläge noch heute ab.

Berlin, 28. Jan. Die „Kreuzzeitung" und die „Nordd. Allgem. Ztg." erklären die Angaben der „Börsenzeitung" über Operationen mit der Bank und der Seehandlung für grundlos. Sodann erklärt die „Nordd. Allgemeine" die Nachricht, der König Wilhelm habe einen Adjutanten mit geheimen Aufträgen an den „Erbprinzen Friedrich von Augustenburg" geschickt, für eine Erfindung oder doch ein Mißverständniß.

◇ **Berlin,** 28. Jan. Im Lauf des gestrigen Tages sind wieder österreichische Truppen durchpassirt. Auch heute wird der Transport in regelmäßiger Ordnung fortgesetzt. Den ursprünglichen Bestimmungen gemäß sollte diese Truppenbeförderung bis Samstag den 30. d. M. dauern. Neueren Anordnungen zufolge wird dieselbe sich aber bis zum Montag den 1. Febr. hinziehen, da von Wien zu der früheren Zahl noch eine Nachbestellung von 16 Extrazügen gekommen ist. Wie verlautet, gedenken Oesterreich und Preußen in das Herzogthum Schleswig eine stärkere Heeresmacht einrücken zu lassen, als anfänglich von ihnen beabsichtigt war. In Zusammenhang damit wird hier versichert, daß zur Verstärkung des preußischen Expeditionskorps die in Kriegsbereitschaft gesetzte kombinirte Garde-Infanteriedivision binnen kurzem den Marsch nach Schleswig antreten werde. — S. K. H. der Kronprinz wird morgen Abend in das Hauptquartier des F.M. v. Wrangel abreisen.

Heute früh trafen hier wieder zwei größere Transporte von Reservisten aus Westphalen und der Rheinprovinz ein. Morgen kommen die letzten Transporte, so daß dann alle einberufenen Reserven des Gardekorps sich bei ihren Truppentheilen befinden. — Se. M. der König war gestern Nachmittag beim Eintreffen des 2. Bataillons vom 2. österreichischen Infanterieregiment Coronini auf dem Hamburger Bahnhof anwesend. Höchstderselbe nahm die Vorstellung des Offizierkorps entgegen und besichtigte dann das Bataillon.

Gestern wurde vom k. Obertribunal eine für die Kautionspflichtigkeitsfrage wissenschaftlicher Zeitschriften bedeutsame Entscheidung getroffen. Die vom hiesigen Stadtrichter Hiersemenzel herausgegebene „Deutsche Gerichtszeitung" enthielt in ihrer Nummer vom 28. Jan. v. J. einen Artikel über die Suarez'schen Aphorismen zu einer allgemeinen Rechtslehre. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft überschritt dieser Artikel durch sein Betreten des politischen Gebiets die Grenzen der Kautionsfreiheit. Es erfolgte eine Anklage. In der ersten Instanz wurde Hr. Hiersemenzel „wegen Unterlassung der Kautionsstellung für eine kautionspflichtige Zeitung" zu 20 Thlr. Geldbuße, eventuell zu 7 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die zweite Instanz bestätigte dieses Erkenntniß. Der Angeklagte erhob dagegen die Nichtigkeitsbe-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schwerde. Diese wurde vom Obertribunal in dessen gestriger Sitzung zurückgewiesen.

Vor einigen Tagen fällte der höchste Gerichtshof ein wichtiges Urtheil in Sachen der polnischen Agitation. Gegen den Probst v. Janicki in Konogol bei Kosten wurde vor dem Stadtgerichtshof die Anklage wegen öffentlicher Anreizung zu einem hochverrätherischen Unternehmen erhoben. Den Beschuldigungspunkt bildete ein Artikel, welchen der Angeklagte aus einer geheimen, in Warschau gedruckten Zeitung der Revolutionspartei in die von ihm redigirte Wochenschrift aufgenommen hatte. In diesem Artikel war eine Aufreizung zur bewaffneten Erhebung der Polen enthalten. Der Staatsgerichtshof, vor welchem die Sache im November v. J. zur Verhandlung gelangte, entnahm aus dem Zusammenhang des Artikels, daß dieser Aufruf sich nicht blos auf Russisch-Polen, sondern auf das ganze ehemalige Polenreich beziehe, und verurtheilte deßhalb den Angeklagten — unter Annahme mildernder Umstände — zu zwei Jahren Einschließung. Die gegen dies Erkenntniß eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal zurückgewiesen.

Bekanntlich sind auf Beschluß der Mehrheit des Abgeordnetenhauses in der vorigen Woche die vier zu Mitgliedern dieses Hauses gewählten Polen, welche sich unter den Untersuchungsgefangenen des Staatsgerichtshofs befanden, aus ihrer Haft entlassen worden. Drei derselben haben vor dem Schluß des Landtags Urlaub genommen und sich aus Berlin entfernt. Der Vierte, welcher hier verblieben war, wurde bereits am 25. Nachmittags wieder zur Untersuchungshaft eingezogen.

Berlin, 29. Jan. Die „Kreuz-Ztg." schreibt: „Die Nachricht, daß Feldmarschall v. Wrangel am 28. d. M. eine Aufforderung an die Dänen richten werde, Schleswig zu räumen, wie der „Kölnischen Zeitung" geschrieben wird, beruht nur auf Vermuthung und hat keinen thatsächlichen Anhalt."

Wien, 26. Jan. (Wien. Bl.) Verhandlungen des Finanzausschusses über die Resolution. Die Debatte wird eröffnet von Frhrn. v. Tinti.

Derselbe spricht sich gegen die Erlassung einer Resolution aus; er findet, daß die Regierung in dem Fall nicht anders handeln konnte, als sie in Bezug auf Schleswig gehandelt hat. Wenn das Haus die Resolution annehme, so würde damit ausgesprochen, daß die Expedition rückgängig gemacht werden solle; die Truppen müßten zurückberufen werden. Ist dies möglich? Abg. Kaiserfeld: Die Resolution gebe jedenfalls der Regierung die Warnung, auf dem Weg einzuhalten, den sie betreten habe. Die Resolution ist ein Gebot der parlamentarischen Ehre.

Graf Rechberg: In England sei oftmals Krieg begonnen worden, wozu das Parlament erst später die Mittel bewilligte. Schindler: Wenn aber ein englisches Ministerium in der Lage war, Geld zum Kriege zu brauchen, und das Parlament spricht sich gegen diesen aus, was thut das Ministerium? (Rufe: Es tritt ab.) Graf Rechberg: Pitt hat 9 Jahre Krieg geführt gegen den Willen des Parlaments. (Rufe: Nicht jeder Minister ist ein Pitt!)

Graf Hartig: Man müsse zwischen dem deutschen Nationalgefühl und dem österreichischen unterscheiden. Jenes sei in dieser Frage in höherm Grad aufgeregt; die Interessen laufen nicht immer zusammen. In Schleswig kann Deutschland nichts ausrichten, weil es nicht zum Deutschen Bund gehört; aber Oesterreich und Preußen können dort die Verträge zur Geltung bringen, die sie von Dänemark in Händen haben, und hiebei sei Oesterreich mit seiner Ehre engagirt. Welchen Eindruck werde die Resolution in Deutschland machen? Sie wird nur die Exaltation vermehren, und wenn dieser zum Theil auch sehr edle Motive zu Grund liegen, so seien doch auch unedle mit im Spiel und der Republikanismus setze seine Hoffnungen auf diese Bewegung.

Staatsminister v. Schmerling spricht zuerst gegen eine Stelle des Ausschußberichts. Die Regierung habe die verlangte Summe von 10 Millionen nur behufs der bundesmäßigen Exekution gefordert. Für die Expedition nach Schleswig sei bis zur Stunde noch keine Forderung an das Haus gestellt worden. Was die Resolution betrifft, so sehe er ihren Zweck nicht ein; sie gebe der Regierung gar keinen Anhaltspunkt für die einzuschlagende Politik.

Abg. Skene spricht für die Resolution. Die Mittelstaaten seien nicht so kriegslustig, als man hier ausschreie; übrigens erkläre man ja, daß man gegen Dänemark Krieg führen wolle, und Krieg sei Krieg. Abg. Herbst (als Antragsteller für die Resolution): er spreche aus dem Volksbewußtsein des österreichischen Gefühls; aber wenn man sich überzeugen will, daß der politische Schritt, welchen Graf Rechberg gethan, gegen das österreichische Interesse sei, so brauche man nur die preußischen Kammerverhandlungen zu lesen. Nicht nur was Bismarck von den deutschen Kleinstaaten spricht, sondern auch andere Kammerreden, welche Oesterreich als den Erbfeind Deutschlands und einen Krieg zur Vergrößerung Preußens als eine Wohlthat schildern, liefern den Beweis hiefür. Wenn der Staatsminister v. Schmerling die Resolution tadelt, weil sie keinen Anhaltspunkt liefere, so ist das bloß ein Tadel der Mäßigung, welche sich der Ausschuß auferlegt! Frhr. v. Ingram spricht gleichfalls für die Resolution. (Rufe: Schluß der Debatte! Derselbe wird angenommen.)

Graf Rechberg: Die kaiserliche Regierung habe nicht warten können, bis über den darmstädtischen Antrag am Bund entschieden wurde. Derselbe hätte, wenn er angenommen worden wäre, Oesterreich in einen Krieg verwickelt. Es hätte sich der Mitwirkung nicht enthalten können, wenn der Krieg einmal entbrannt wäre, und doch konnte es auch nicht die Hände in den Schoß legen und sich der Aktion enthalten; es mußte in eine solche eintreten. Welche Resultate es damit erlangen wolle, könne die Regierung jetzt noch nicht sagen; es sei in staatlichen Angelegenheiten wie in einem Zivilprozeß. Das wäre ein schlechter Advokat, der gleich im Beginn sagen würde, welchen Ausgleich er annehmen werde. Es verdiene keinen Tadel, daß Oesterreich mit Preußen gehe (Rufe: mit Bismarck!), er appellire an die geschichtlichen Erinnerungen. Oesterreich und Preußen sind aufeinander angewiesen. (Rufe: Siehe italienischen Krieg!) Wenn die beiden Mächte miteinander gehen, so wird sich das Ausland hüten, dem deutschen Koloß entgegen zu treten. Die Resolutionen werden einen doppelten Eindruck im Ausland machen. In Deutschland wird dadurch die kriegslustige Partei noch mehr aufgestachelt werden, während Dänemark durch dieselbe zu hartnäckigerem Widerstand sich ermuthigt sehen würde.

Justizminister Hein: Das Haus, welches in der Resolution erklärt, daß es die Verantwortlichkeit für den Schritt ablehne, nehme doch eine Verantwortlichkeit auf sich, indem es die Dänen zum Widerstand aufmuntere.

Berichterstatter Dr. Giskra spricht für die Resolution. Er läugne nicht, daß er dieselbe als gegen die Politik gerichtet betrachte, welche der Minister des Auswärtigen verfolgt. Und weil man von Advokaten gesprochen, so müsse er erklären: das sei ein schlechter Advokat, der Partei für den Gegner ergreift; einem solchen müsse man die Bestallung entziehen. Auf Preußen übergehend, schildert der Redner die Haltung Bismarck's gegen die Verfassung und das Parlament. Kein anständiger Mensch könne mit Bismarck sympathisiren. Der Staatsminister habe jüngstens selbst Verwahrung dagegen eingelegt, daß er mit der Politik des preußischen Ministers einverstanden sei, und Mehrere seiner Kollegen denken wie er. Wenn Andere anders denken, so sei dies zu beklagen, und die Resolution gebe hiefür den Ausdruck.

Minister Hein: Dem Redner ist wohl der Ausdruck, daß kein anständiger Mensch mit Preußen gehen könne, nur in der Hitze entschlüpft. (Rufe: Mit Bismarck, wurde gesagt.)

Graf Rechberg: Er sei kein Advokat Dänemarks, aber auch kein Advokat des Prinzen von Augustenburg. Oesterreich wolle, daß nach dem Recht entschieden werde.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Es sind, abgerechnet den Obmann Erzbischof Litwinowicz, 34 Ausschußmitglieder anwesend. Bei der Abstimmung erheben sich 18 Mitglieder für die Resolution. Dieselbe ist also angenommen. Die Minister entfernen sich; im Saal herrscht sichtliche Aufregung. Schluß der Sitzung.

Wien, 28. Jan. (A. Z.) Unterhaussitzung. Die Debatte über die Nachtragsforderung von 10 Millionen für die Bundesexekution und über die Resolution Herbst hat begonnen. Berichterstatter ist Dr. Giskra. Ministerialrath v. Biegeleben vertheidigt die Regierungspolitik, namentlich das Zusammengehen mit Preußen. Alle Streitigkeiten beider Mächte seit den letzten 15 Jahren hatten den Charakter, daß sie Oesterreich nöthigten, behufs der Erhaltung seiner deutschen Stellung zu handeln, wie es handelte. Oesterreich werde seine deutsche Stellung behaupten, ja auch gegen Preußen. Sofern diese nicht angegriffen sei, werde Oesterreich Preußen jederzeit gern die Bruderhand reichen. Es sei ein nicht zu unterschätzendes Resultat, daß gegenwärtig Oesterreichs Bataillone vereint mit den preußischen ziehen. Antipathien beider werden schwinden, Sympathien, die anderwärts verloren gehen, werden wieder erwachen, weil man uns achten und begreifen wird, daß wir nach Recht und Gewissen handeln. Die Regierung könne hoffen, daß der Erfolg ihre Erwartungen krönen werde. Abg. Dr. Berger spricht gegen die Regierungspolitik: die traurigen Resultate der gegenwärtigen Aktion seien die Lahmlegung des Bundes und die Allianz mit dem Ministerium Bismarck, das Oesterreich feindlich gesinnt sei. Redner fürchtet später die abermalige Isolirung Oesterreichs, läugnet, daß das Vorgehen der beiden Großmächte die Successionsfrage offen ließ, und beantragt, der Regierung in der Resolution zu empfehlen, in eine der Stellung Oesterreichs im Deutschen Bund entsprechende Politik einzulenken, und in diesem Fall den außerordentlichen Kredit in unbestimmter Höhe zu bewilligen, andernfalls aber nur den Matrikularbeitrag. Abg. Dr. Brinz erklärt sich für den Ausschußantrag und das Successionsrecht Augustenburgs. Noch 15 Redner sind eingetragen; die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Wien, 26. Jan. Die „Presse" schreibt: „Nicht von französischer und nicht von englischer Seite ist der Kompromißvorschlag, der dänischen Regierung eine sechswöchentliche Frist zur Ausführung der in der Sommation vom 16. Jan. gestellten Forderungen zu gestatten, gestellt worden, sondern von Seiten der dänischen Regierung selbst in einer nach Wien und Berlin gerichteten Note, welche gestern hier überreicht wurde.

Allerdings hatte der Vertreter Englands den Auftrag, den Vorschlag warm zu befürworten, was übrigens auch von Seiten des Herzogs v. Grammont geschehen sein soll. Unter Hervorhebung der absoluten Unmöglichkeit, der Sommation in der Form, wie sie gestellt worden, zu entsprechen, erklärt sich die dänische Regierung durch das Organ des Hrn. v. Quaade gleichwohl bereit zu dem Versuche, auf der Basis der Sommation mit den deutschen Großmächten sich zu verständigen; allerdings könne ein solcher Versuch aber nur auf legalem und verfassungsmäßigem Wege geschehen, wozu es der Einberufung des Reichsrathes und zunächst der Ausschreibung der Wahlen bedürfe, also eine Frist von sechs Wochen, vom 1. Febr. an gerechnet, nothwendig sei. Auf vertraulichem Wege wurde zugleich auf die günstigen Chancen, den Reichsrath (dessen erste Kammer zu einem Dritttheil aus vom Könige ernannten Mitgliedern und aus 45 Schleswigern — bei 205 Repräsentanten — bestehen soll, welch letztere, falls sie erscheinen, unbezweifelt alle gegen das Grundgesetz stimmen würden) für einen Kompromiß zu gewinnen, hingewiesen, sowie angedeutet, daß die Regierung bereit sei, die einer Aufhebung gleichkommende Revision des November-Grundgesetzes, welches im frühern Reichsrathe bekanntlich nur eine Majorität von drei Stimmen erlangte, als Kabinetsfrage zu behandeln. Der Vorschlag ist, wie wir vernehmen, sofort abgelehnt worden und wird die Erlassung des Ultimatums nach vollendetem Aufmarsch an der Eider nicht aufhalten."

Frankreich.

* **Paris,** 27. Jan. Wir setzen unsern gedrängten Bericht über die Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers über die mexikanische Expedition (s. Beil.) fort. Nach Wiedereröffnung der Sitzung ergreift der Regierungskommissär, Hr. Chaix d'Est Ange, das Wort.

Er geht die Geschichte der vielfachen Streitigkeiten durch, welche Frankreich bereits mit Mexiko gehabt, und legt dabei ein ganz besonderes Gewicht auf eine Depesche, in der im Jahr 1845 Hr. Gueroult, jetzt Direktor der „Opin. nationale" und Deputirter der Linken, als Konsul die Nothwendigkeit dargethan, Gewalt gegen Mexiko anzuwenden. Er will ferner darthun, daß die französische Expedition vollständig dem in der Londoner Konvention aufgestellten Programm entsprach und nach dem Zurücktreten der beiden andern Mächte nicht von Frankreich aufgegeben werden durfte. Eben so wenig hätte sich Frankreich nach der Einnahme von Mexiko zurückziehen dürfen. Ein Vertrag mit Juarez wäre später von diesem nicht gehalten worden, und es würde Frankreich zur ewigen Schande gereicht haben, Die, welche sich ihm angeschlossen gehabt hätten, beim Abzug der Rache des Juarez schutzlos preiszugeben. Nach der von dem Redner gemachten Zusammenstellung beträgt die Bevölkerung der von den Franzosen besetzten Staaten $5^1/_2$ Millionen Einwohner; kaum 2 Millionen seien in den andern Staaten vertheilt! Jetzt sei das Schlimme überstanden, der Augenblick nahe, wo man vielleicht die ausgestreute Saat ernten könne, und gerade jetzt wolle man der Regierung zumuthen, schimpflich abzuziehen. Das sei ganz unmöglich, und er habe sogar kaum nöthig, darauf hinzielende Amendements zu bekämpfen. Hr. Chaix d'Est Ange versucht hierauf eine Rechtfertigung der entfernten Expeditionen, als des besten Mittels, dem französischen Handel neue Absatzzweige zu eröffnen. Nachdem er die finanzielle Seite des Unternehmens, namentlich die noch zukünftigen Ausgaben, mit keiner Silbe berührt, glaubt Redner die Frage vollkommen erschöpft zu haben.

Berryer ergreift zum Schluß das Wort, um hervorzuheben, daß die Frage, wie sie zur Verhandlung komme, sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Gegenwart und Zukunft beziehe. Es handle sich einzig jetzt darum: Sollen wir nächstens die Besetzung Mexiko's aufgeben, oder an die fernere Ausführung der letzten Instruktionen gehen, welche am 24. Aug. dem General Bazaine zugegangen sind? Redner schließt seine Beweisführung in folgendes Dilemma ein: Entweder sind die Männer, welche Frankreich nach der Besetzung von Mexiko mit der provisorischen Regierung beauftragt hat, wirklich, wie man stets sagt, von der unermeßlichen Majorität der Bevölkerung getragen, und dann kann sich der aus der Volksabstimmung hervorgegangene neue Monarch ohne Unterstützung Frankreichs behaupten, oder man muß zugeben, daß Alles, was man von den Sympathien der Mexikaner für die Intervention gesagt, Illusion sei. In diesem Fall solle man ebenfalls nicht weiter vorgehen, denn man könne dann einen Prinzen nicht nach Mexiko schicken, um ihn dort hilflos stecken zu lassen.

Denken Sie an Das — fährt Berryer fort —, was sich einige Meilen weit von unserer Küste zugetragen hat. Wir waren vom Dey von Algier beleidigt worden; ein französisches Heer bemächtigte sich seiner Hauptstadt und wir haben eines 15jährigen Kampfes bedurft, um unsere Herrschaft über ein Volk zu begründen, das von Parteien nicht zerklüftet wurde. Glauben Sie, es wäre weniger Zeit erforderlich, um einen neuen Thron in einem Land zu stärken, das mit republikanischer Uneinigkeit und Meinungsverschiedenheit zu kämpfen hat? Glauben Sie außerdem, daß die Zwistigkeiten, welche die Mächte in Orizaba getrennt, sich nicht erneuern würden? Wird Spanien, das so viele Interessen im Mexikanischen Meerbusen hat, die Früchte eines neuen Kaiserreichs in Mexiko nicht mit Eifersucht sehen? Und die Vereinigten Staaten, deren Lage augenblicklich bedauernswerth ist und deren Union ich nicht ohne tiefen Kummer zerstört sehen würde — denn ich erblicke in ihnen für gewisse kriegerische Eventualitäten einen Bundesgenossen für Frankreich, — glauben Sie, daß sie Dem, was sich in Mexiko zuträgt, immer fremd bleiben werden? Wie auch die Zukunft sein wird, der Norden Amerika's wird immer ein mächtiger Staat bleiben und sich erinnern, daß der mexikanische Krieg theilweise gegen die Union unternommen wurde. (Widerspruch.) Diejenigen, welche sich dagegen erheben, haben die Aktenstücke und Thatsachen nicht hinlänglich studirt. Wie hat man die Expedition vom 31. Okt. 1861 begonnen? Damit, daß man sagte, die Vereinigten Staaten würden zur Konvention mitwirken. Nun hat man aber in einem, im Juli 1862 geschriebenen Briefe gesagt, daß man in Mexiko ein neues Reich gründen muß, um die Macht der Vereinigten Staaten zu vermindern. Die Expedition ist also gegen die Vereinigten Staaten gemacht worden. Wenn daher dieselben einen Staat sehen werden, den Sie weder gründen noch unterstützen können, ohne ungeheure und nutzlose Opfer zu bringen, so werden sie gereizt werden und der Krieg wird Ihnen von ihrer Seite kommen. Der Norden wird die Errichtung einer Monarchie in Mexiko nicht ertragen, und diesem setzen Sie den Erzherzog aus.

Nachdem Berryer seine Rede, die großen Eindruck machte, beendet hatte, wurde, wie bereits gemeldet, das Amendement der Linken zurückgezogen.

♁ **Paris,** 28. Jan. Das Amendement der HH. Thiers und Gen: in der mexikanischen Angelegenheit wurde verworfen durch 201 gegen 57 Stimmen, und das offiziöse „Pays" erklärt heute Abend bereits seine Genugthuung über die „ungeheure Majorität", welche für den Adreßentwurf stimmte. Niemand läßt sich jedoch mehr durch solche Phrasen beirren, denn man weiß längst, daß in derlei Dingen die Minorität allein die öffentliche Meinung repräsentirt. Uebrigens dürften die Kammerverhandlungen im Gesetzgeb. Körper leicht eine Kabinetsmodifikation nach sich ziehen. Hr. Rouland, dessen oratorisches Talent als unzureichend erkannt wurde, wird dem Vernehmen nach das Justizministerium wieder bekommen und als Minister ohne Portefeuille durch Hrn. Baroche ersetzt werden. — Eine Privatdepesche aus London meldete, daß England beim Ausbruch der Feindseligkeiten an der Eider ein Geschwader ins Adriatische Meer schicken werde. (S. gestr. Bl.) Diese Nachricht ist unbegründet; das englische Kabinet hat bis jetzt keine Maßregeln getroffen, die auf irgend ein Vorhaben im Adriatischen Meere schließen ließen. — Die heute eingetroffene telegraphische Meldung von den Kriegsvorbereitungen Englands machte an der Börse Eindruck. Dieser Eindruck wäre noch stärker gewesen, ohne das, ich weiß nicht ob begründete, Gerücht, daß der Kaiser in dem gestrigen Ministerrath positiv erklärt habe, sich, trotz der Aufforderung Englands zur Kooperation, von dem deutsch-dänischen Konflikt ferne halten und sich in keiner Weise einmischen zu wollen. Dennoch fiel Rente auf 66.40, Mob. auf 1017, ital. Anl. auf 68.55.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Jan. (W. K.-B.) Die Abreise des Königs nach Schloß Gottorf wird durch den hoffnungslosen Gesundheitszustand seiner Schwiegermutter, der (1789 gebornen) Landgräfin Wilhelm von Hessen-Kassel, verzögert. — Der Kurierwechsel mit London ist äußerst lebhaft. — Das Befinden des kleinen (noch nicht sechsjährigen) Neffen des Königs von Schweden, des Herzogs von Wermland, ist fortwährend bedenklich.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 23. Jan. Die hiesigen Blätter veröffentlichen nachstehenden (telegraphisch schon erwähnten)

Ukas, welchen Se. Maj. der Kaiser an den dirigirenden Senat erlassen hat:

Da wir es für gut befunden, die Lokalbevölkerung der Gubernien und Kreise durch Personen, welche sie aus ihrer Mitte erwählt, zur näheren Betheiligung an der Verwaltung derjenigen Geschäfte zu berufen, welche sich auf die ökonomischen Interessen und Bedürfnisse jedes Guberniums und Kreises beziehen, befahlen wir dem Minister des Innern, nach den von uns angegebenen Grundsätzen die Projekte der Verordnungen über die Errichtung besonderer Provinzialinstitutionen zur Leitung der erwähnten Geschäfte zu entwerfen. Die auf Grund dessen entworfenen und vom Reichsrathe geprüften Projekte: der Verordnung über die Provinzial- (Guberniums- und Kreis-)Institutionen und der zeitweiligen Vorschriften in Betreff der Landesabgaben, der Volksverpflegung und der öffentlichen Fürsorge finden wir unseren Ansichten entsprechend, und nachdem wir dieselben bestätigt, übersenden wir sie beiliegend dem dirigirenden Senat und befehlen:

1) Die Verordnung über die Provinzial- (Guberniums- und Kreis-) Institutionen und die zeitweiligen Vorschriften für die Thätigkeit dieser Institutionen in den Gubernien Charkow, Chersson, Jaroslaw, Jekaterinoslaw, Kasan, Kaluga, Kostroma, Kursk, Moskau, Nishni Nowgorod, Nowgorod, Olonez, Orel, Orenburg, Pensa, Perm, Poltawa, Pskow, Rjasan, Ssamara, St. Petersburg, Ssaratow, Ssimbirsk, Ssmolensk, Tambow, Taurien, Tschernigow, Tula, Twer, Wjatka, Wladimir, Wologda und Woronesh sogleich in Wirksamkeit treten zu lassen.

2) Dem Minister des Innern, unverzüglich die Vorschriften abzufassen, welche für die Eröffnung der nach diesen Grundsätzen in den erwähnten Gubernien errichteten Provinzialinstitutionen und für den Beginn ihrer Wirksamkeit nothwendig sind, und diese Vorschriften uns durch den Reichsrath zur Bestätigung vorlegen zu lassen.

Der dirigirende Senat wird es nicht unterlassen, die nöthigen Anordnungen zur Ausführung dieses zu treffen. — St. Petersburg, den 1. Jan. 1864. Alexander.

St. Petersburg, 24. Jan. (Nat.-Ztg.) In unserer skeptischen Hauptstadt ist man nichts weniger als begeistert von den neuen Gesetzen bezüglich der Kreis- und Gouvernements-Landtage. Etwas nur halbweg Parlamentarisches, um damit dem Auslande gegenüber zu prunken, hat man nicht und im Uebrigen gerade in den hiesigen aristokratischen Kreisen manchen Grund zum Aerger, den man nun hinter dem Spott darüber versteckt, daß man den neuen Provinz- und Kreis-Landtagen das so positiv zugesicherte Recht der Steuervertheilung „vorläufig und bis die neue Regelung der Provinzsteuer beendet ist", vorenthalten hat. Irre ich nicht, so liegt dieser Beschränkung die Furcht zu Grunde, der Adel, der wenigstens in den ersten Jahren das große Wort führen wird, möchte seine jetzige Befreiung von den Landesprästanden durch Landtagsbeschlüsse aufrecht erhalten, und man will ihm diese Möglichkeit nehmen, indem die Regierung vorerst das Prinzip der gleichen Heranziehung Aller feststellt. Auch sonst hat der hiesige Adel Ursache, seine Eitelkeit verletzt zu sehen. Während in entlegenen Provinzen Virilstimmen wegen der Abwesenheit zahlreicher Grundbesitzer oft genug vorkommen werden, kann dies in der Hauptstadt und ihrer Umgegend kaum der Fall sein; überdies ist in den drei Städten Petersburg, Moskau und Odessa der Stadtrath als Provinzialvertretung zu betrachten, und wenn er sich mit dem Distrikts-Landtage zu gemeinschaftlicher Berathung vereinigen will, so präsidirt nicht, wie sonst überall, der Adelsmarschall, sondern der Bürgermeister, hier z. B. dermal ein Hr. Pogrebow, Kaufmann. Auch ist im gegenwärtigen Gesetz das Prinzip der Oeffentlichkeit nicht ausdrücklich festgesetzt, überhaupt nicht erwähnt. Bezüglich der Zusammensetzung der Versammlungen bleibt zu sagen, daß dafür gesorgt wird, daß in keinem Fall ein einziges der drei Elemente (Adel, Bürger, Bauern), woraus die Kreislandtage bestehen, an Mitgliederzahl die beiden anderen zusammengenommen übertreffe. Indeß steht es den Bauern frei, zu ihren Vertretern Adelige oder Geistliche zu wählen. Interessant ist, zu konstatiren, daß nur der materielle, liegende Besitz das Wahlrecht gibt; die Intelligenz, die sogenannten freien Professionen sind gänzlich ausgeschlossen. Freilich sind bei uns fast alle diesem Stande angehörigen Personen im Staatsdienste; Professoren, Aerzte, ja Apotheker sind es mehr oder minder, und selbst Akademiker werden hier zu Lande vom Kaiser ernannt. Die Ausschließung ist nichtsdestoweniger eine auffallende und wohl kaum nützliche zu nennen. Wir haben noch nicht einen solchen Ueberfluß an Intelligenzen oder kurzweg an gebildeten Leuten, um Derjenigen, welche nicht Grund besitzen, noch Läden halten, in der Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten entrathen zu können. So Mancher wird übrigens, wie ich schon jetzt höre, dem Gesetze Genüge leisten und sich auf die eine oder die andere Weise in die Zahl der Wahlberechtigten aufnehmen lassen.

Die Staatsbank hat den Auftrag erhalten, im Lauf der nächsten Zeit zwanzig neue Sukkursalen zu den schon bestehenden zu errichten. Es geschieht dies aber weniger in der Absicht, dem Handel durch Escompte zu Hilfe zu kommen, als um die Ersparnisse der Bevölkerung in Form von Depots in die Staatskassen zu locken, nachdem sich das im vorigen Jahre zu demselben Zweck eingeführte Sparkassensystem (mit Ankauf von Staatspapieren) als nicht hinreichend erwiesen, und bis jetzt kaum zwei Millionen an Einlagen ergeben hat.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 26. Jan. Die Kammer verwarf die Regierungsvorlage, betreffend die Anleihe von 50 Mill. Fr., welche die Regierung im vorigen Sommer, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung Seitens der Kammer, mit dem Hause Lefèvre kontrahirt hatte.

Großbritannien.

London, 27. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg." „Heute habe ich Ihnen eine sehr wichtige Nachricht mitzutheilen, für deren Richtigkeit ich einstehen darf. Die hiesige Regierung hat in Paris die Anzeige gemacht, England sei bereit und wünsche für Dänemarks Integrität die Waffen zu ergreifen, und ersuche Frankreich um dessen Mitwirkung. Der Kaiser, welchem Lord Cowley den Antrag von Lord Russell persönlich vorgebracht hat, hat, ohne sich lange zu besinnen, mit Nein geantwortet: Frankreich sehe keine Veranlassung zu irgend einer Einmischung, und es wolle die Ereignisse beobachtend verfolgen. Diese Antwort hat die hiesige Regierung sehr unangenehm berührt, und die Minister wollen morgen zusammentreten, um einen Entschluß bezüglich ihrer weitern Haltung zu fassen. Wie man versichert, hätte auch Rußland erklärt, es wolle sich neutral verhalten."

* **London,** 27. Jan. Im leitenden Theil der heutigen Blätter spielt neben der deutsch-dänischen Frage auch die Schließung der preußischen Kammer eine Rolle. „Herald" und „Daily Telegraph" beschäftigen sich mit diesem Ereigniß; beide nennen das Schicksal der Kammer ein wohlverdientes. „Daily News" vertheidigt die dänische November-Verfassung und bestärkt die Kopenhagener Regierung in ihrem Widerstande gegen die Forderungen Oesterreichs und Preußens. Die „Post" findet, daß zwischen der Sinnlosigkeit des Bundestages und der Oesterreichs und Preußens eine praktische Unterscheidung nicht möglich sei. Sie verzweifelt nicht an einer friedlichen Lösung, da eine Koalition der europäischen Mächte Oesterreich und Preußen auf den Weg der Unterhandlung drängen würde. Keinesfalls aber werde Europa das österreichisch-preußische Projekt einer blos dynastischen Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark als Unterhandlungsbasis gelten lassen. Die „Times" sucht den deutschen Großmächten vorzustellen, daß eine gewaltsame Besetzung Schleswigs in allen denkbaren Fällen die unglückseligsten Folgen haben müßte. Sie beginnt ihren Artikel mit der Parallele zwischen der russischen Pfandnahme in den Donaufürstenthümern im Jahr 1853 und der österreichisch-preußischen Besetzung Schleswigs.

Letzteres Beginnen — sagt sie — ist sogar noch verwerflicher als der schlimmste Akt des Kaisers Nikolaus war, denn er besaß wirklich eine vertragsmäßige Schirmherrschaft über die Moldau und Wallachei und hatte dasselbe Recht militärischer Besetzung, welches man ihm damals streitig machte, früher ausgeübt. Es steht daher zu hoffen, daß die Regierungen Preußens und Oesterreichs, trotz ihrer Drohungen und trotz des Wahnsinns ihrer Unterthanen, sich besinnen werden, ehe sie in diesem ungerechten Unternehmen Blut vergießen... Wenn die Kriegspartei mit ihren Kundgebungen jetzt schon so weit gegangen ist, was würde sie nicht erst thun, wenn zum ersten Mal seit 50 Jahren ein wirklicher deutscher Sieg erfochten worden wäre? Man müßte sehr leichtgläubig sein, um zu denken, daß das deutsche Volk, wenn die Dänen mit Waffengewalt aus Schleswig hinausgeschlagen wären, die Herzogthümer dem König Christian zurückgeben lassen würden, ohne in eine Bewegung gleich der von 1848 zu gerathen. Wenn also die Souveräne ihre Lande in Frieden zu regieren wünschen, werden sie sich hüten, den Ehrgeiz der Deutschen durch den neuen Reiz des Siegesgefühls anzuregen. Wir brauchen nicht zu sagen, daß eine Niederlage, die doch auch zu den Möglichkeiten gehört, noch gefährlicher wäre. Die beiden Großmächte könnten sich dann unmöglich zurückziehen, ohne glänzende Rache für die erlittene Demüthigung zu nehmen. Dann würde der Krieg sich länger hinausschleppen, und die Deutschen mögen nur nicht zu sicher darauf rechnen, daß alle Großmächte in einem solchen Fall ruhig zusehen würden.

Dem sei nicht so, meint die „Times", und malt dann die Gefahren aus, die namentlich Oesterreich von Seiten der Revolution, in Ungarn, Italien u. s. w. drohen sollen. „Times" weint darüber eine Krokodilsthräne, da im Grund nicht Oesterreich, sondern Preußen der schuldigere Theil sei.

Wir haben Grund zu glauben — sagt der „Herald" mit großer Schrift — daß Ihrer Majestät Regierung in dem am Montag abgehaltenen Ministerrath zu einer sehr gewichtigen Entschließung bezüglich des dänisch-deutschen Kampfes gelangt ist, daß diese Entschließung von Earl Russell Ihrer Majestät unterbreitet worden ist, und daß an die Gesandten an den Höfen von Preußen und Oesterreich Depeschen abgesandt worden sind, mit einer Anzeige über die feindselige Haltung, welche die Regierung von Großbritannien anzunehmen sich gezwungen sehen würde, falls die preußischen und österreichischen Truppen in Schleswig einbrechen sollten. Die französische Regierung ist, wie man sagt, in diesem Punkte mit dem brittischen Ministerium einig, und es wird gehofft, daß die deutschen Großmächte, bei der Aussicht auf diese Opposition, nicht darin beharren werden, einen Krieg hervorzurufen.

Sogar der „Globe" wird gegen seine Gewohnheit grob gegen die deutschen Großmächte. Sie hätten, meint er, die öffentliche Meinung betrogen und seien kein Haar besser als der deutsche Nationalverein. Die öffentliche Meinung habe erwartet, daß sie die ganze deutsche Bewegung niederschlagen und Frieden mit Dänemark machen würden. Darum habe die biedere und liberale öffentliche Meinung Englands ihnen Beifall zugerufen, als sie sich vom Bundestag unabhängig erklärten. Aber sie erfüllten die angeregte Hoffnung nicht; sie wollten die Herzogthümer nicht sogleich und nicht mit Haut und Haar verkaufen; sie zierten sich und ließen sich lange bitten. Das werden sie schwer büßen, denn England werde gewiß „seine Pflicht gegen Europa und sich selbst nicht verabsäumen." Ob diese „Pflicht" im Schwertziehen oder blos im Säbelrasseln besteht, sagt der „Globe" nicht ausdrücklich. Wären die deutschen Großmächte mit dem Bundestag gegangen, so ist 10 gegen 1 zu wetten, daß England zwar geschrieen, aber nicht gedroht hätte.

In der Stadthalle von Birmingham war gestern Abend eine dicht gedrängte Menge versammelt, um die Ansprachen der beiden parlamentarischen Vertreter des Wahlbezirks, der HH. Scholefield und Bright, entgegenzunehmen. Beide ließen sich u. A. auch über die deutsch-dänische Angelegenheit vernehmen. Hr. Scholefield sagte in dieser Beziehung:

Ich gestehe, nicht mit allen Phasen und Verwicklungen der dänischen Angelegenheit vertraut zu sein; doch hoffe ich sehnlichst, daß wir uns nicht in dieselbe hineinziehen lassen. Man wird eingedenk sein, daß wir die Erbfolge im Vertrag von 1852 nur anerkannt, aber keineswegs garantirt haben. Wenn der König von Dänemark in Schwierigkeiten geräth, so muß er — wie jeder andere Souverän in bedrängter Lage — selbst seine Fehde auskämpfen, oder doch wenigstens sich nicht auf unsere Hilfe verlassen. (Beifall.) Meine Ansicht von der Sache ist, daß die Politik der Regierung eine Politik strikter Nichtintervention zu sein hat.

Bright's Worte lauten:

Auf die Geschichte des deutsch-dänischen Streits werde ich mich nicht einlassen. Ich stimme vollständig und von Herzen mit den Aeußerungen meines geehrten Kollegen überein; und ich füge hinzu, daß, wenn in unseren Tagen eine Regierung möglich sein sollte, die das Land in Krieg stürzen könnte unter dem Vorwande, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu halten oder irgend ein europäisches Reich — sei es klein oder groß — zu stützen, daß eine solche Regierung nicht nur des Vertrauens des englischen Volks unwürdig sein, sondern dazu unsern Fluch und unsern Abscheu verdienen würde. (Anhaltender Beifall.)

— Aus **London** erhält die „Generalkorr." die Mittheilung, daß D'Israeli am 4. Febr. ein großes Oppositionsbanket veranstaltet, bei welcher Gelegenheit er förmlich als Führer der Toryopposition gegen das Whigministerium in der bevorstehenden Parlamentssession auftreten wird.

Amerika.

* **Neu-York,** 16. Jan. (Per „City of Baltimore".) General Stuart hat mit 5000 Mann südstaatlicher Kavallerie eine Diversion um den rechten Flügel der Meade'schen Armee gemacht und soll bis nach Leesburg vorgedrungen und die dortigen Bundestruppen nach Fairfax zurückgedrängt haben. Wie jedoch Depeschen aus Washington versichern, ist diese Bewegung ganz ohne Bedeutung, indem Stuart nicht stark genug ist, um eine Demonstration gegen den rechten Flügel der Unionsarmee zu machen. General Lee erhält Verstärkungen durch Rekrutenzuzüge und organisirt seine Kavallerie für den Frühlings-Feldzug. Dagegen hat er, sowie Johnstone eine ansehnliche Truppenzahl an Longstreet abgegeben, welcher jetzt mit 34,000 Mann Infanterie und 12,000 Mann Kavallerie 20 Meilen westlich von Knoxville bei Bulls Gap eine feste Stellung einnimmt; seine Vorposten stehen in Front der Bundestruppen bei Blair Croß Road. Man glaubt, daß er bald die Offensive ergreifen wird. In einem hitzigen Reitergefecht bei Strawberry Plains, 8 Meilen von Knoxville, wurden die Südlichen mit beträchtlichem Verlust zurückgeworfen. General Grant ist auf einer Rundreise durch sein Departement begriffen. Der Senator Lane hat einen Gesetzvorschlag eingebracht, kraft dessen Gold nicht zu höherem Preise verkauft werden solle, als in Neu-York für die 6prozentigen United States Bonds bezahlt werde, ausgenommen die zur Schuldenzahlung in's Ausland gehenden Goldbeträge. Die Gesetzgeb. Versammlung des Staates Neu-York hat den im Feld stehenden Soldaten das Stimmrecht zuerkannt.

Baden.

Karlsruhe, im Jan. Dem Vernehmen nach wird die auf nächstes Frühjahr ausgesetzte zweite juristische Prüfung im April stattfinden. Es haben sich 21 Rechtspraktikanten dazu gemeldet.

Vermischte Nachrichten.

— München, 27. Jan. (Bayer. Ztg.) Heute Nacht ist nach nur kurzem Krankenlager Leo v. Klenze im 79. Jahre seines Lebens gestorben, der berühmte Baumeister, dessen letzte Werke die Befreiungshalle bei Kelheim und die Propyläen am Königsplatze in München gewesen sind. Außerdem sind von ihm erbaut: die alte Pinakothek, die Glyptothek, das Kunstausstellungs-Gebäude, der Königsbau, der nördliche Flügel der k. Residenz, die Walhalla, das pompejanische Haus in Aschaffenburg, die k. Residenz in Athen, die Isakskirche in St. Petersburg u. s. w. Ein geborner Hannoveraner, war er von dem König Maximilian Joseph I. 1815 als Hofarchitekt nach München berufen worden und hatte seitdem fast ununterbrochen seine Thätigkeit der Ausführung der großartigen Ideen des erhabenen Mäcens deutscher Kunst, König Ludwig's, gewidmet.

— Homburg v. d. H., 28. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Heute Vormittag 9 Uhr verschied dahier nach kurzem Krankenlager an einer Lungenentzündung die Prinzessin Elisabeth zu Hessen, die am 30. Sept. 1823 geborne zweite Tochter des weiland souveränen Landgrafen Gustav zu Hessen und dessen ebenfalls verstorbenen Gemahlin Louise, gebornen Prinzessin zu Anhalt-Dessau-

Nachschrift.

Telegramme.

Berlin, 29. Jan. (W. Staatsanz.) Nach Berichten aus Stockholm ist gestern der schwedisch-dänische Allianzvertrag unterzeichnet worden, wornach 35,000 Mann schwedische Truppen zur Vertheidigung Schleswigs in Dänemark einrücken.

† **Hamburg,** 29. Jan. Der Barometer ist sehr gestiegen; wir haben 1 Grad Kälte. Scharfer Nordostwind.

Die „Flensb. Ztg." meldet: Der heutige Westwind hat die Buchten und Fyorden der Ostküste eisfrei gemacht. Täglich kommen Dampfboote mit Militär an, das nach eintägiger Rast südlich weiter zieht. Auf dem Landwege dauern die Durchmärsche fort.

†† **Kiel,** 29. Jan. Die Landesregierung hat dem Magistrat von Rendsburg aufgegeben, auf Kosten der preußischen Regierung ein Lazareth für 1000 Mann herzustellen.

Kiel, 29. Jan. (Schw. M.) Die „Schlesw.-Holstein. Bl." schreiben: Die holsteinischen Stände sollen zunächst zum Zweck nachträglicher Genehmigung der neuen herzogl. Landesregierung einberufen werden. Wrangel wird heute eintreffen.

Paris, 29. Jan. (Schw. M.) Im Gesetzgeb. Körper fand gestern die Debatte über Polen statt. Das Amendement, welches die Anerkennung der Polen als Kriegführende verlangt, wurde verworfen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

28. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27"11,07'''	+ 6,0	S.W.	ganz bew.	trüb, regnerisch
Mittags 2 „	„ 9,83'''	+ 5,5	„	„ „	„ „
Nachts 9 „	„ 10,02'''	+ 4,0	„	stark „	„ Nchts. Rgn.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.d.742. Haslach. Allen Freunden und Bekannten widmen wir diese Trauernachricht vom Hinscheiden unseres theuern Heinrich Merkle, Gastgeber zum Kreuz in Haslach, und bitten um stille Theilnahme.

Haslach, den 26. Januar 1864.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.d.743. Karlsruhe. Unsern Freunden und Bekannten zeige ich an, daß der Tod meine liebe Gattin Friederike, geb. Bayer, gestern von langen Körperleiden erlöst hat.

Der Theilnahme an meinem Unglücke versichert, bitte ich, der Verstorbenen ein gutes Andenken fortzuerhalten.

Karlsruhe, den 28. Januar 1864.

Fruttiger,
großherzogl. Generalstaatskassier.

Z.d.758. Karlsruhe. Heute Mittag um 12 Uhr hat es dem Allmächtigen gefallen, meine innig geliebte Schwester Wilhelmine Friederike Kühlenthal, Tochter des im Jahr 1806 zu Mahlberg verstorbenen großh. Hofraths Kühlenthal, nach längerem Leiden von dieser Welt abzurufen.

Tief betrübt setze ich Verwandte und Freunde mit der Bitte um stille Theilnahme hievon in Kenntniß.

Karlsruhe, den 29. Januar 1864.

Sophie Kühlenthal,
zugleich im Namen ihrer Geschwister.

Z.d.759. Karlsruhe. Unsere liebe unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter und Schwester, Marianne, geborne Riecker, Wittwe des Präsidenten Schippel, ist am 27. dieses nach kurzem Unwohlsein an einer Lungenlähmung in ihrem 77. Lebensjahr dahier gestorben; wovon auswärtige Freunde und Bekannte mit der Bitte um stille Theilnahme in Kenntniß setzen,

Karlsruhe, den 29. Januar 1864,

Die Hinterbliebenen.

Z.d.751. So eben erschien:

Brockhaus' Conversations-Lexikon.
11. Auflage.

Drittes Heft. (Adel—Agende.)

Unterzeichnungen zum Subscriptionspreise von 18 kr. für das Heft von 6 Bogen werden in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes angenommen.

Zu beziehen durch **A. Bielefeld's** Hofbuchhandlung in **Karlsruhe & Kehl.**

Z.d.754. Bruchsal.

Anzeige.

Durch Erlaß großh. Justizministeriums vom 22. d. M. wurden mir die Befugnisse eines „Advokaten und Prokurators" bei dem großh. Hofgericht des Mittelrheinkreises verliehen.

Bruchsal, den 29. Januar 1864.

Levisohn, Anwalt.

Z.d.722. Karlsruhe.

Anzeige.

Ich wohne nunmehr Langestraße Nr. 50, Ecke der Adlerstraße, im Hause des Herrn Banquier David Homburger, 2 Treppen hoch.

Karlsruhe, den 28. Januar 1864.

M. Ellstätter, Rechtsanwalt.

Z.d.647. Karlsruhe.

Cirque Hinné
(auf dem Schloßplatz).
Jeden Abend
Große Vorstellung.
(Neues Programm.)
Einl. 6 Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Stellegesuch. Z.d.739. Ein gewandter Kellner, der franz. und englischen Sprache mächtig, sucht eine Stelle. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes und zwar briefl. Chiffre E. S.

Z.d.740. Heidelberg.

Commissstelle.

Für einen soliden Mann, der Kenntnisse im Cigarrenfach hat, und für diesen Artikel schon das Großherzogthum Baden bereiste, wird auf den 1. April eine mit Reisen verbundene Commissstelle frei bei

G. L. Nitzhaupt in **Heidelberg.**

Z.d.746. Mainz.

Lackirer und Eisendreher

finden Beschäftigung in der Eisenbahnwagenfabrik von **Gastell & Harig** in **Mainz.**

Z.d.707. Stuttgart.

Vergolder-Gesuch.

Zwei gute Vergoldergehilfen finden dauernde Beschäftigung bei

Karl Brassart, Vergolder,
Poststraße Nr. 9.

Z.d.738. Dietlingen bei Pforzheim.

Ziegler gesucht.

Ein Stückwerker, wo möglich noch ein junger Mann, der im Ziegelmachen gut bewandert ist, findet bei Unterzeichnetem bei gutem Lohn, Holz und Logis frei, auf mehrere Jahre Beschäftigung.

Dietlingen bei Pforzheim, den 27. Januar 1864.

Ziegler **Treiber.**

Agenturen-Gesuch.

Z.d.688. Unter Sicherheitsleistung werden Gegenstände des täglichen Bedarfs auf Kommissionslager zum Engros- & en detail-Verkauf gesucht.

Franko-Offerten unter N O 6 an die Expedition dieses Blattes.

Ausverkauf.

Z.d.736. Karlsruhe. In Folge Verkaufs meiner Behausung in der **Herrenstraße Nr. 26** beabsichtige ich einen **Ausverkauf aller meiner Vorräthe,** bestehend aus einem großen Lager von Spiegeln aller Größen, in Gold- und braunen Rahmen; eine große Parthie weiße und Goldleisten, verschiedene große und kleine Ovalrahmen; eine große Parthie Schwefelformen (nämlich Pariser, Brüsseler und Berliner), sowie verschiedenes Werkzeug; wozu ich die Kaufliebhaber freundlichst einlade.

Karlsruhe, den 28. Januar 1864.

Adam Uhland,
Vergolder.

Z.d.608. Gengenbach.

Anzeige.

Ich mache hiemit die ergebene Anzeige, daß ich 2- und 3jährige **Rebwürzlinge** abzugeben habe,

als: circa 40,000 Stück schwarze Burgunder,
15,000 „ Räuschling der große,
12,000 „ Elbenen,
13,000 „ Klevner, auch Traminer genannt,
13,000 „ Ruländer, auch Trußer genannt,

4000 weiße und rothe Gutedel, 400 weiße und rothe Muskateller, 500 Malvasie, Gutedel-Muskateller, frühe Jakobstrauben und sonstige Tafeltrauben;

1500 St. veredelter und schön gepflanzter hochstämmiger Aepfel-, Birn- und Nußbäume.

Prompte Bedienung und billigen Preis sichert zu

Kunstgärtner **Haas.**

Z.d.660. Billigheim.

Apotheke-Verkauf.

Mit obervormundschaftlicher Ermächtigung vom 30. Dezember 1863, Nr. 135, lassen die Apotheker Christian Kreß Erben von hier

Dienstag den 1. März l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhause zu Billigheim öffentlich versteigern:

1) Ein zweistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus mit Apotheken-Gerechtigkeit und Einrichtung, sammt Waaren und Materialienvorräthen;
2) ein zweistöckiges Wohnhäuschen an obiges angebaut;
3) ca. 2 Brtl. Baum- und Gemüsegarten.

Alles zusammen ein Ganzes bildend, im Anschlage zu . . . . . 16,500 fl., wobei bemerkt wird, daß die Zahlungstermine für den Käufer äußerst günstig gestellt sind, und die Bedingungen jederzeit auf dem Rathhause dahier eingesehen werden können.

Billigheim, den 19. Januar 1864.

Das Waisengericht.
Bik, Bürgermstr.

Z.d.731. Pforzheim.

Eisenbrückenbau-Vergebung.

Die hiesige Stadtgemeinde beabsichtigt, über den Enzfluß eine eiserne Brücke neuester Konstruktion von 83 Fuß Länge und beiläufig 1500 Zentner Gewicht herstellen zu lassen.

Wir laden daher diejenigen Herren Eisenwerkbesitzer, welche geneigt sind, fragliche Arbeit zu übernehmen, mit dem Anfügen zur Abgabe ihrer Angebote ein, daß die Uebernahmsbedingungen, sowie die Zeichnung bis zum 24. Februar d. J. auf dem Rathhause dahier aufliegen, bis wohin auch die Angebote einzureichen sind.

Pforzheim, den 27. Januar 1864.

Gemeinderath.
Schmidt.

Z.d.658. Oberlenzkirch.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Oberlenzkirch versteigert am

Mittwoch den 3. Februar d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

auf dem Rathhause daselbst circa 5,300 Hopfenstangen, 14,000 Rebpfähle, 9,000 Baumpfähle, 120 Baustämme, 36 Klafter Scheiter- und Prügelholz; wozu Steigerungsliebhaber eingeladen werden.

Oberlenzkirch, den 21. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Willmann.

Z.d.727. Nr. 52. Bauerbach, Amts Bretten.

Stammholz-Versteigerung.

Freitag den 5. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, werden im hiesigen Gemeindewald im Gabenschlag 24 Stämme Eichen, worunter sich zu Holländer-, theils aber auch nur zu Bau- und Nutzholz eignen, öffentlich versteigert. Die Zusammenkunft ist im Gabenschlag.

Bauerbach, den 26. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Weber.

vdt. Müller.

Z.d.744. Nr. 13. Münchzell.

Holzversteigerungen.

Von der Ausstockungsfläche im Distrikt Eichwäldle, am Wege nach Wiesenbach, versteigern wir in der Wirthschaft des Friedrich Fletterer in Münchzell,

a) am Donnerstag den 4. Februar,
Vormittags 9 Uhr:
145 eichene Stämmchen, Bau- und Nutzholz,
90 „ Leiterstangen,
4 Akazienstämme und
2 Stämme Kirschenbaum;

b) am Freitag den 5. Februar,
Vormittags 9 Uhr:
366 forlene Brunnendeichel,
240 „ Bauholzstämme und Sägklötze, und
200 „ Gerüststangen.

Zur Zahlung wird Frist bis Martini 1864 bewilligt.

Lobenfeld, den 27. Januar 1864.

Grundherrl. von Uexküll-Moltke'sches
Rentamt Münchzell.
Bollin.

Z.d. 703. Freiburg. (Holzversteigerung.) Aus den Domänenwaldungen des Forstbezirks Freiburg versteigern wir mit Borgfrist

am Mittwoch den 3. Febr. d. J.,

aus Distr. Höllthalwald, Abth. 1, 4, 6, 8: 230 Klftr. buchenes und 90 Klftr. tannenes Scheitholz, 100 Klftr. buchenes und tannenes Prügelholz, 124 Klftr. buchenes und 50 Klafter tannenes Klotzholz, sowie mehrere Loose Schlagraum und Reisholz;

am Donnerstag den 4. Febr.,

aus gleichen Abtheilungen: 1200 St. tannene Sägklötze, 41 St. tannene Baustämme, 88 St. buchene, eschene und eichene Stämme, 200 St. tannene Baumpfähle und 2000 St. tannene Rebstecken.

Die Zusammenkunft ist am 3. Febr. früh 10 Uhr, und am 4. früh 8 Uhr im Gasthaus „zu den Trauben" zu Falkensteig.

Freiburg, am 24. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
von Glaubitz.

Z.d.691. Nr. 51. Berghausen. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald Rittnert, Abth. 7 und 17 Erlenteuch und Grauacker, werden bis

Donnerstag den 4. Februar d. J.

nachbenannte Hölzer versteigert:

19 Rothbuchen, 10 Hainbuchen und 2 Kirschenstämme, zu Nutzholz geeignet, 61½ Klftr. buchene, 28½ Klftr. eichene und 2¾ Klftr. gemischte Scheiter, 6¾ Klftr. buchene, 19½ Klftr. eichene und 3½ Klftr. gemischte Prügel, 49¾ Klftr. Stockholz, 4800 Stück buchene und gemischte Wellen und einige Loos Schlagraum.

Man versammelt sich Morgens um 10 Uhr bei gutem Wetter im Rittnertwald bei der Hütte, andernfalls, nämlich bei schlechtem Wetter, auf dem hiesigen Rathhause.

Die Liebhaber mögen vorher das Holz einsehen.

Berghausen, am 22. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Gamer.

Z.d.757. Nr. 132. Bruchsal. (Holzversteigerung.) Aus den Domänenwaldungen diesseitigen Forstbezirks werden folgende Holzsortimente versteigert, als

Freitag den 5. Februar d. J. in III. 18. Lußhardt, Schlag Nr. 11 Reutgrabenschlag, sowie außer den Schlägen im Jungenwalde, im Rothacker, Hortenschlag, Brennschlag, Viereckigen Jagen, Pfaffenschlag, und in der Gabel:

49½ Klftr. buchenes, 2 Klftr. eichenes, 9 Klftr. erlenes, 99 Klftr. aspenes und gemischtes Scheitholz, 11 Klftr. buchenes, 85 Klftr. eichenes, erlenes, aspenes und gemischtes Prügelholz, 59 Klftr. buchenes und gemischtes Stockholz und 5150 aspene und gemischte Wellen.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Jungenwalde auf dem Mühlweg, und Mittags 12 Uhr auf der Heiligenallee am Kodelbrücker Richtweg.

Bruchsal, den 28. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
F. v. Girardi.

Z.d.729. (Holzversteigerung im Forstbezirk Schwetzingen.) Am Mittwoch den 3. Februar versteigern wir mit Zahlungsfrist bis 1. Oktbr. l. J. aus den Abtheilungen Radbuckel, Schönhaus und Ziegelweglschlag in der Forstdomäne Hardt: 40 Klftr. forlenes Pfahlholz von 5' Scheitlänge und 690 Klftr. forlenes Scheit- und Prügelholz. Dieses Gehölze kann auf der s. g. Speererstraße und auf der Schwetzingen-Hockenheimer Staatsstraße leicht abgeführt werden. Die Verhandlung wird im Adler zu Oftersheim vorgenommen werden und früh 9 Uhr beginnen. Schwetzingen, den 26. Januar 1864. Großh. bad. Bezirksforstei. A. Cron.

Z.d.753. Sinsheim. (Holzversteigerung.) In den Sinsheimer Stiftswaldungen, Sinsheimer und Daisbacher Gemarkung, werden im Distrikt V, Orles,

Freitag den 5. Februar d. J.,
Vormittags 9 Uhr anfangend,

9 Stämme zu Holländer-, Bau- und Nutzholz tauglicher Eichen; 29 Stück Aspen; 33¾ Klftr. buchenes, 17 Klftr. eichenes, 6 Klftr. aspenes und 4 Klftr. gemischtes Scheitholz; 60 Klafter buchenes, 1 Klftr. eichenes und 64 Klftr. aspenes Prügelholz; 39½ Klftr. Stockholz; 3800 Stück buchene und 4350 Stück aspene Wellen, nebst 1 Loos Schlagraum gegen baare Zahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigert.

Die Zusammenkunft findet auf dem von Sinsheim nach Daisbach durch den Orleswald ziehenden Weg statt.

Sinsheim, den 28. Januar 1864.

Großh. bad. Stiftschaffnei.
Banz.

Z.d.745. Mannheim.

Aufforderung.

Auf Antrag der Ehefrau des ehemaligen Pfarrers Heinrich Wilckens von Neckarburken, Henriette, geb. Hepp, zur Zeit in Mannheim, wird deren Ehemann Heinrich Wilckens, ehemals Pfarrer in Neckarburken, zur Zeit abwesend, ohne daß sein Aufenthaltsort bekannt ist, aufgefordert, sich zum Zwecke des Eintrags des ergangenen Scheidebriefs vom 5. Dezember 1863 in das bürgerliche Standesbuch am

Freitag den 12. Februar d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

vor dem unterzeichneten, durch das Pfarramt Neckarburken darum ersuchten Pfarramte, und zwar wegen Krankheit der Ehefrau Wilckens in deren Wohnung Lit. L 4. Nr. 2 dahier sich gleichfalls einzufinden.

Mannheim, den 28. Januar 1864.

Großherzogliches evangelisches Stadtpfarramt.
Schwarz.

B.688. Großh. bad. Amtsgericht Engen. (Bekanntmachung.) Im Firmenregister wurde zu Ordn.-Zahl 17 den 25. Januar 1864 nach Beschluß Nr. 735 vom gleichen Tage, Beil. Ziff. 48 und 49, eingetragen: Ehevertrag des Kaufmanns Matheus Küchler in Ehingen vom 2. November 1863, mit Pauline, geb. Auer, von Beuern a. d. Aach, wornach jeder Theil 50 fl. in die Gemeinschaft einbringt, alles Uebrige aber davon ausschließt.

B.691. Nr. 623. Villingen. (Bekanntmachung.) Zu O.Z. 9 des Firmenregisters wurde heute eingetragen der Ehevertrag des Buchhändlers Hermann Höhler von Villingen mit Antoinette Kuenzer von da, d. d. Villingen, den 1. Dezember 1863, wornach jeder Theil 50 fl. in die Gemeinschaft einwirft, und alles weitere, sowohl gegenwärtige als künftige fahrende Beibringen derselben mit den hierauf ruhenden Schulden von der Gemeinschaft ausgeschlossen und für Liegenschaft erklärt wird.

Villingen, den 12. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Geppert.

B.690. Nr. 730. Weinheim. (Bekanntmachung.) Kürschner Ferdinand Sommer von Weinheim hat unterm 25. d. Mts. unter der Firma: „Ferdinand Sommer" ein Handelsgeschäft in Weinheim errichtet; was hiermit bekannt gemacht wird.

Weinheim, den 26. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Gerlach.

Z.e.456. Mosbach. (Aufforderung.) Wilhelm Reger von Trippstadt, königl. bayr. Landgerichts Kaiserslautern, ist der Entwendung mehrerer Schaufeln zum Nachtheil von Eisenbahn-Arbeitern in Rittersbach, verübt unter dem Erschwerungsgrunde des §. 385 Abs. 6 St.G.B., angeschuldigt. Derselbe befindet sich auf flüchtigem Fuße und wird deßhalb auf diesem Wege aufgefordert, sich dahier zu stellen und zu verantworten, widrigenfalls das Erkenntniß nach Lage der Akten gefällt würde.

Mosbach, den 23. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hirschhorn.

Z.d.709. Nr. 98. Pforzheim. (Offene Gehilfenstelle.) Unsere II. Gehilfenstelle, bis 15. Februar frei, mit 435 fl. festem Einkommen und billiger Dienstwohnung im Hause wird zur Bewerbung unter Vorlage der Zeugnisse ausgeschrieben.

Pforzheim, den 26. Januar 1864.

Großh. Dom.-Verwaltung und Forstkasse.
Rau.

Frankfurt, 28. Jan. 1863. Staatspapiere.

		per compt.			per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	5% Obligation.	102½ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99¾ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77 P.	„	3½% dto.	94 P.
„	5% do. 1859 „ „	76⅛ G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	90¾ P.	„	4½% dto.	101¾ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	77½ P.	„	4% dto.	99½ P.
„	5% Met.-Anl. 1854	64 b.	„	3½% dto.	92⅓ G.
„	5% Met.-Obligat.	57 G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91¾ G.
„	5% do. 1852 G. b. R.	— —	Lrbg.	4% O.-Fr. à 28 fr. b. G.	90 P.
„	4½% Met.-Oblig.	50 G.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅛ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% dto.	— —
„	4½% do.	99⅞ P.	Russl.	5% Obl. in L. à fl. 12	85⅞ P.
„	4% do.	95½ P.	Frankl.	4½% Obl. i. M. à 105	84¾ P.
„	3½% Staatsch.	87⅜ P.	Span.	5% inl. Schuld	50⅜ P.
Bayern	4½% 1jährig.	100⅞ G.	„	2% Schuld	45½ P.
„	4½% ½jährig	101½ G.	Belgien	4½% O. Fr. à 25 fr.	99⅞ P.
„	4% 1jährig	99½ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99⅝ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ P.
„	4% Ablös.-Rente	99½ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95¼ P.
„	3½%	97 G.	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 25 fl.	100½ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P
„	4% dto.	100½ G.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	94¼ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97¼ P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	92¾ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	133¾ P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49⅞ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	744 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50⅝ P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	172½ b.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76¼ G.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	71½ P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	211 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	— —
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ G.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100¾ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	90½ G.	4% Oest. Nd. 1. Pr.-O. i. Silb.	75¼ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	107 P.	5% „ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	— —
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 G.	4% „ „ „	97⅝ G.
3½% Frankf.-Han. Eisb.-A.	— —	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	97½ G.
5% Oesterr. Staats-Eisb.-A.	— —	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	— —	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	24⅛ G.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	250¾ G.
4% Ldwb.-Berb. Eisenbahn	136⅝ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Mar.-Eisb.-A. b. R.	102⅞ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	107¾ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	107⅞ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	156 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	121 P.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	113 G.
„ 250 „ „ 1854	72½ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	127⅞ P.
„ 500 „ d. 1860 6/7	75¾ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112¼ P.
„ 35- „ „	53 P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53½ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132½ P.
„ 25 „ „ „	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38¼ b.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58½ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33 G.
3% L. A. b. St. Brüss.	95½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 b. G.
Ausb.-Gunzenh. L.	12 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅜ G.
Antwerpen	„	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ P.
Berlin	„	104⅞ G.
Bremen	„	96⅜ P.
Brüssel	„	93 G.
Cöln	„	105⅛ P.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	104⅔ G.
London	„	117⅓ G.
Maild. i. Fr. 200	„	92⅞ P.
München	„	99⅞ P.
Paris	„	93 G.
Wien	„	95⅜ G.
Disconto		4½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 38 -39
Preuß. Frd'or.	„	9 55½-56½
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½-45½
Rand-Ducat.	„	5 32 -33
20-Frankenst.	„	9 18½-19½
Engl. Sover.	„	11 40 -44
Gold pr. Zpfd.	„	803 -8
Hb. Silb. p. Zpfd.	„	52 6 -36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„	2 25 -26

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.